

Call for Papers

Versicherheitlichung der Gesellschaft. Queer-Feministische und rassismuskritische Perspektiven

Gemeinsame D-A-CH-Tagung 2017 der Sektion Frauen- und Geschlechterforschung der DGS,
der Sektion Feministische Theorie und Geschlechterforschung der ÖGS und dem Komitee
Geschlechterforschung der SGS
13./14. Juli 2017, Technische Universität Berlin

Der Volksentscheid zum Brexit und die Wahl Donald Trumps zum neuen Präsidenten der USA sind die jüngsten Ereignisse in einer Serie von Entwicklungen, die deutlich machen, dass sich die demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften in einem tiefgreifenden Transformationsprozess befinden. Das schon seit längerer Zeit zu beobachtende Erstarken rechts-nationalistischer und neofaschistischer Strömungen in Europa und den USA deutet nicht nur darauf hin, dass die Legitimität und Hegemonie eines (*neo-*)liberalen Kapitalismus nachhaltig brüchig geworden sind. Es wird zudem deutlich, dass wachsende Teile der Mehrheitsgesellschaft nicht auf solidarisch-emanzipative, sondern autoritär-repressive und nationalistisch-rassistische Antworten setzen, um den Verunsicherungen und Ängsten zu begegnen, die durch die globale Krise des neoliberalen Kapitalismus und die dazugehörigen Bedrohungsszenarien produziert werden.

Eine Politik der Verunsicherung und Versicherheitlichung, die sicherheitslogische Antworten auf Unsicherheiten und gesellschaftliche Ressentiments ausbildet, die sie selbst (mit-) produziert, kennzeichnete schon den neoliberalen Strukturwandel des Staates im letzten Jahrhundert. Die Rücknahme wohlfahrtsstaatlicher Absicherungsversprechen wurde mit einem massiven Ausbau gruppenbezogener, repressiver Techniken kombiniert, die von der Kontrolle und Überwachung des Alltags bis hin zu vermehrter Kriminalisierung, Bestrafung, Einsperrung und Formen von Thanato-/Nekropolitik reichen. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 und dem seither ubiquitären 'War on Terror' haben sich im Namen der Sicherheit nicht nur eine Militarisierung und polizeiliche Durchdringung des zivilen Lebens weiter verschärft. Deutlich wurde zudem, dass die Expansion der Sicherheitsgesellschaft mit der biopolitischen Produktion von zwei Personengruppen einhergeht: Jene, die gefährdet sind und geschützt werden müssen, und solche, von denen die Gefahr ausgeht und die nicht als zu beschützende Subjekte gelten. Diese duale Einteilung verläuft entlang kolonial-rassistischer, klassenspezifischer, dis/ableisierter und vergeschlechtlichter Ordnungsmuster. In der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Krise des neoliberalen Kapitalismus spitzen sich die rassistischen, heterosexistischen und klassenspezifischen Abwehrkämpfe zu, die auf solchen Ordnungsmustern aufsetzen und Sicherheitspolitiken sowie Logiken des Strafens regulieren.

Das Thema der Versicherheitlichung der Gesellschaft als herrschaftsförmige Politik im Krisenkapitalismus wird im Zentrum der D-A-CH-Tagung 2017 stehen. Dabei werden wir zum

einen an queer-feministische Debatten zu Sicherheitskonzepten anknüpfen. Bereits in den 1970er und 1980er Jahren haben feministische Ansätze zu Versicherunglichung auf die Ambivalenz staatlichen Schutzes hingewiesen, z.B. in Debatten zu häuslicher und sexualisierter Gewalt. Desweiteren haben rassismuskritische und postkoloniale Feminismen auf die Kolonialität und klassenspezifische Ausrichtung von Sicherheitsregimen aufmerksam gemacht. So wurde aufgezeigt, wie rassismusreproduzierende punitive Technologien sowie militärische Einsätze mit dem Schutz von Frauen- und LGBT*IQ-Rechten legitimiert werden.

Mit den Ereignissen sexualisierter Gewalt gegen Frauen in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln und anderen bundesdeutschen Städten und den daran anschließenden öffentlichen Reaktionen sowie rechtlichen Regulationen (Verschärfung des Aufenthaltsgesetzes, schnellere Abschiebungen auf der einen und Sexualstrafsrechtsreform auf der anderen Seite) wurde auch in den hiesigen feministischen Debatten vermehrt darüber diskutiert, wie queer-feministische Forderungen vereinnahmt werden und sich dabei mit der Reproduktion von rassistischen Sicherheitsregimen verschränken. Auch in den staatlichen und öffentlichen Reaktionen auf das Attentat im Nachtclub Pulse in Orlando im Bundesstaat Florida in den USA im Juni 2016, ein Club, der vor allem von latinx und Schwarzen queeren und trans* Menschen besucht wird, wurde die komplexe Verschränkung von Versicherunglichungsprozessen mit Sexualität, ‚Race‘, Klasse und Geschlecht deutlich. Die im Anschluss an das Attentat bestärkten Forderungen von vielen LGBT*IQ Organisationen nach staatlicher Sicherheit wurde durch Stellungnahmen insbesondere von Schwarzen trans* Menschen und Queers of Color konterkariert, die communitybasierte Räume wie den Pulse gerade auch als sichere Rückzugsorte vor alltäglich erfahrener staatlicher und polizeilicher Gewalt begreifen. Auch die Komplizinnenschaft weißer Frauen mit gegenwärtigen Nationalismen und Rassismen, wie sie sich vor allem kürzlich wieder an dem hohen Anteil weißer Trump-Wähler_innen zeigte, deutet auf die vergeschlechtlichte Affirmation von nationalistischen und rassistischen Sicherheitspolitiken hin.

Die Intersektionalität von Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die durch neoliberale sowie rechts-nationalistische Versicherunglichungsprozesse produziert und reproduziert werden, verweist auf grundlegende Herausforderungen und Fragestellungen für queer-feministische Perspektiven, die wir im Rahmen der D-A-CH-Tagung diskutieren möchten. Dabei möchten wir besonderen Fokus auf die Bedingungen und Formen transnational queer-feministischer Solidaritäten vor dem Hintergrund der Artikulationen von Versicherunglichung als gouvernementaler Regierungsweise legen und alternative Sicherheitskonzepte und Praktiken jenseits von intersektionalen Ungerechtigkeiten diskutieren.

Wir freuen uns über theoretisch-konzeptionelle und/oder empirische Beiträge, die rassismuskritische und geschlechtersoziologische Fragestellungen zur Versicherunglichung der Gesellschaft bearbeiten. Denkbar sind Vorträge sowohl zu allgemeinen Fragestellungen der Tagung sowie spezifisch zu den folgenden Themenfeldern:

Sozialer Raum und Versicherunglichung/ Verschränkung von Versicherunglichung, Rassifizierung, Gendering und Gentrifizierung öffentlicher Räume: Wer soll wo sicher sein, sich sicher fühlen? Mit welchen Mitteln wird Sicherheit – für wen und vor wem – hergestellt und erhalten? Entlang welcher Dynamiken verlaufen die Kartierungen von ‚Gefahrenräumen‘ und die Entstehung von ‚gated communities‘?

Versicherheitlichung von sozialen Konflikten: Wie werden strukturelle Konflikte und Auseinandersetzungen, etwa zwischen sozialen Klassen, zwischen verschiedenen geschlechtlichen und sexuellen Lebensformen und in konstruierten Gegensätzen zwischen ‚Einheimischen‘ und ‚Migrant_innen‘ als Sicherheitsprobleme hervorgebracht und bearbeitet?

Subjektivität und Affektivität der Versicherunglichung: Was wird von wem als sicher empfunden? Welche Rolle spielen Affekte und subjektive Sicherheitsgefühle für aktuelle Regierungsweisen, die auf Versicherunglichung basieren? Wie lassen sich z.B. Angsträume und urbane Paniken aus dieser Perspektive analysieren?

Rassistische Praktiken und Diskurse der Versicherunglichung: Wie werden Sicherheitsdiskurse und -politiken um Sexualität und Geschlecht rassistisch bearbeitet? Welche Rolle spielen Sexualität und Geschlecht z.B. im Hinblick auf die Praxis und Legitimation von rassistischem Polizieren (racial profiling), punitiven Techniken und Strategien der Bestrafung und Einkerkierung (Karzisierung)?

Versicherunglichung von Sexualität: Wie strukturieren und kontrollieren Sicherheitsdiskurse und -praktiken den Bereich der Sexualität, z.B. in der Regulierung von Sexarbeit und deren rassistischen Implikationen, in LGBT*IQ-Politiken und deren gesellschaftlichen Gegenreaktionen?

Versicherunglichung von Migration und Mobilität: Wie strukturieren vergeschlechtlichte und rassifizierte Sicherheitsdiskurse und -regime Migration und Mobilität? Welche Zusammenhänge bestehen zwischen feministischen und queeren Forderungen nach staatlicher Sicherheit und rassistischen Migrationsregimen (z.B. Ausbau von Grenzregimen, Debatten um ‚sichere Herkunftsländer‘ und Abschiebepolitiken)? Wie gestaltet sich die Versicherunglichung und Überwachung von Migration entlang von vergeschlechtlichten Dynamiken, z.B. anhand des Polizierens von geschlechtlichen und sexuellen Identitäten von Migrant_innen und flüchtenden Menschen oder auch in Sammelunterkünften?

Sicherheitstechnologien und Kontrolle von ‚ziviler Sicherheit‘: Wie artikuliert sich das Verhältnis zwischen Sicherheitsdiskursen und -technologien und der Sozialität gesellschaftlichen Zusammenlebens? Wen machen die Sekurisierung von öffentlichen und digitalen Räumen (Datenspeicherung, Kamera- und Telefonüberwachung) ‚sicher‘? Lassen sich Instrumente der Versicherunglichung affirmativ sabotierend aneignen (z.B. die Aufnahmen und Dokumentation von rassistischem Polizieren, community Statistiken, etc.)?

Sicherheit und (neue) Nationalismen: Wie strukturieren die durch die gegenwärtige politische und ökonomische Krise des neoliberalen Kapitalismus produzierten rassistischen Bedrohungsszenarien und deren Liaison mit rechts-nationalistischen und neo-faschistischen Tendenzen gegenwärtige Diskurse und Praktiken der Versicherunglichung und Strafe? Welche feministischen Forderungen finden in rechts-nationalistischen Formationen Gehör und wie gestaltet sich das Verhältnis von Anti-feminismus (Anti-genderismus) und Femo-nationalismus in Bezug auf Sicherheitspolitiken?

Feministische, homopolitische und queere Bündnisse mit der Versicherunglichung/ Gewaltschutz und Paradoxien der Versicherunglichung: Wie werden über eine Politik der Un/Sicherheit herrschaftsförmige Allianzen zwischen staatlichen Akteur_innen und sozialen Bewegungen gebildet, etwa in Form von neo-liberalen und neo-kolonialen Feminismen sowie Femo- Homo- und Queernationalismen? Welche Rolle spielen queer-feministische Forderungen nach Gewaltschutz für den Ausbau strafender staatlicher Regulationen und (wie) lassen sie sich – z.B. im Anschluss an frühere feministische Debatten und Praxen zum Schutz vor Gewalt – wieder emanzipativ aneignen?

Alternative Konzepte und abolitionistische Praktiken der Sicherheit und des Schutzes: Wie können Unsicherheit und Sicherheit auf herrschaftskritische und emanzipative Weise zum Gegenstand politischer und sozialer Prozesse werden? Welche Anknüpfungspunkte gibt es hierfür bereits, beispielsweise mit Bezug auf feministische Perspektiven ausgleichender und transformativer Gerechtigkeit, ‚safe spaces‘ in sozialen Bewegungszusammenhängen, Konzepten von community accountability, abolitionistische Perspektiven und Praxen?

Wir laden herzlich zur Einreichung von Abstracts im Umfang von maximal einer Seite bis zum **15.2.2017** ein. Bitte senden Sie die Abstracts an: versicherunglichung2017@gmail.com